Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 8

Rubrik: Aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gruppen verübten bereits mehrfach Bombenanschläge in Beirut gegen Einrichtungen des Iran und der Hisbollah. Indem sich die Hisbollah in das Epizentrum des regionalen Konflikts begab und damit ihr «Kerngeschäft» – den Kampf gegen Israel – vernachlässigte, büsste sie stark an Popularität ein; viele Libanesen werfen ihr vor, die eigenen Interessen vor die des Libanons zu stellen. Dies wird sich lang-

fristig als problematisch erweisen, geriert sich die Organisation doch stets als nationale Partei.

Die Rolle der USA

Die Nahostpolitik der USA ist gegenwärtig durch die negativen Erfahrungen militärischer Interventionen geprägt. Daher agiert Washington sehr zögerlich. US-Militärschläge gegen das Assad-Regime und das iranische Atomprogramm sind derzeit unwahrscheinlich. Die US-Verbündeten (Israel, Ägypten und die Golfstaaten) interpretierten diese Politik als Schwäche und werden nervös. Hinzu kommen das schnelle Abschreiben Mubaraks und die Akzeptanz der Muslimbruderschaft seitens der USA. Dies liess die Golfstaaten stark an der Bündnistreue Washingtons zweifeln. Schliesslich verunsicherte die Ankündigung des Weissen Hauses, sich sukzessive aus dem Nahen Osten zurückziehen und den aussenpolitischen Schwerpunkt nach Ost-Asien zu verschieben, die Verbündeten in der Region massiv. Die Folge: Die Golfstaaten haben das Gefühl, das Hegemonialstreben des Iran selbstständig eindämmen zu müssen.

Die Perspektive aus Jerusalem

Die Konsequenzen dieser Entwicklungen für Israels Sicherheitslage sind ambivalent. Einerseits ist das reguläre syrische Militär durch den Bürgerkrieg nachhaltig geschwächt. Ausserdem beseitigte der Abbau der Chemiewaffen eine seit langem bestehende Bedrohung. Andererseits verliert Damaskus die Kontrolle über die Golanhöhen, weshalb es gelegentlich zu Zwischenfällen an der Grenze zu Israel kommt. Ausserdem können die Dschihadisten in Syrien zu einer ernsten Sicherheitsbedrohung für Israel werden.

Die Position der Hisbollah im Libanon ist aufgrund ihrer unbeliebten Unterstützung des Assad-Regimes geschwächt. Doch ihre Kämpfer gewinnen an Gefechtserfahrung und es besteht die Gefahr, dass moderne Waffensysteme aus dem Arsenal Assads in die Hände der Hisbollah fallen. Zwar versucht Israel den Schmuggel von Waffen mit präzisen Luftschlägen zu verhindern, doch der Hisbollah soll es dennoch gelungen sein, moderne russische Jachont-Cruise-Missiles einzuschleusen. Dies würde das Bedrohungspotenzial des Hisbollah-Raketenarsenals für Israel erheblich vergrössern.

Israel vermied bislang, in den syrischen Bürgerkrieg hineingezogen zu werden. Jerusalem kann den Konflikt ohnehin kaum beeinflussen. Das derzeit bestmögliche Szenario für Israel ist ein fortgesetzter Bürgerkrieg, der beide Konfliktparteien bindet.

Das iranische Atomprogramm bleibt aus israelischer Sicht das drängendste regionale Sicherheitsproblem. Das Interim-Abkommen friert die Fähigkeiten des Iran zur Urananreicherung lediglich ein, sodass der Iran seine Infrastruktur weiter ausbauen kann. Wahrscheinlich ist Teheran nur Monate von der Bombe entfernt. Dies empfinden auch die Golfstaaten unter der Führung Saudi Arabiens als primäres Sicherheitsrisiko. Noch kann man hierbei nicht von einer Allianz sprechen. Doch sollten sich die USA tatsächlich aus dem Nahen Osten zurückziehen, könnte ein gegen den Iran gerichtetes Bündnis zwischen Jerusalem und Riad Wirklichkeit werden. ■

Marcel Serr
Magister Artium
Jerusalem/Israel

Aus dem Bundeshaus

Sie lesen insbesondere von Parlamentarischen Vorstössen zu Finanzen und Flugzeugen während und nach der Sommersession 2014.

Der Nationalrat (NR) genehmigte als Erstrat eine Motion «Finanzierung der Armee», wonach der Bundesrat beauftragt wird, dem Parlament im Militärgesetz die Grundlage für einen Mehrjahres-Zahlungsrahmen der Armee vorzuschlagen (13.3568). Seine Sicherheitspolitische Kommission nahm eine Motion «Rüstungsprogramm 15+» (RP) an mit dem Auftrag an den Bundesrat (BR), «das in Planung befindliche RP 15 mit einem RP 15+ zu ergänzen und dem Parlament bis Ende Februar 2015 zu unterbreiten» (14.3660). Dieses RP 15+ soll Ausrüstunglücken beheben und aus den durch das abgelehnte Gripen-Fondsgesetz frei werdenden Geldern finanziert werden.

Gemäss einem im NR eingereichten Postulat sollen nach dem Gripen-Nein in einem Bericht ein allgemeines Finanzreferendum sowie dessen staats- und finanzpolitische Vor- und Nachteile aufgezeigt werden (14.3489). Eine Interpellation (Ip) im NR stellt dem BR Fragen über die zu beschaffenden Aufklärungsdrohnen (14.3512). Eine Ip im Ständerat (SR) fragt den BR nach der 24 Stunden-Luftraumüberwachung und nach der Ausserdienststellung der F-5 Tiger (14.3473). Eine zweite Ip im SR handelt ebenfalls von der Zukunft der Tiger-Flotte sowie von der Patrouille Suisse (14.3575). Weitere Informationen zu VBS und Armee: Fragestunden im NR vom 10. und 16. Juni.

Der BR verabschiedete die Immobilienbotschaft VBS 2014 von rund 440 Millionen Franken (14.052), genehmigte den Verbund von vier Rechenzentren für die Bundesverwaltung, davon zwei mit militärischem Vollschutz, und verabschiedete den dritten Bericht «Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst».

Oberst Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE